

Hochwasserschutz

Nicht Aufgabe der Prämienzahler

Ende November debattiert der Grosse Rat im Rahmen des Sparpakets (Leistungsanalyse der Regierung) über die befristete Mitfinanzierung von Hochwasserschutzprojekten durch die Aargauische Gebäudeversicherung. Aus dem Elementarschadenfonds sollen während zehn Jahren insgesamt 30 Millionen Franken bereitgestellt werden.

Damit sind der Aargauische Gewerbeverband, die **Aargauische Industrie- und Handelskammer**, der Bauernverband Aargau und der Hauseigentümerverband Aargau gar nicht einverstanden, wie sie in einem Communiqué darlegen. Hochwasserschutz sei eine öffentliche Aufgabe, die über allgemeine Steuereinnahmen zu finanzieren sei, schreiben sie. Die vom Regierungsrat beantragte Entnahme von Geldern aus dem Elementarschadenfonds käme einer Zweckentfremdung gleich. Dies würde zu Prämien erhöhungen von im Durchschnitt 3 Prozent führen. Damit würden Prämienzahler eine öffentliche Aufgabe finanzieren. Da die Aargauische Gebäudeversicherung über ein Monopol verfügt, könnten die Versicherten auf dem Markt nicht alternative Leistungen beziehen, um der «rechtlich fragwürdigen Absicht des Regierungsrats einen Riegel zu schieben», kritisieren die Verbände. (AZ)